

MALI

DAVID ROBERT
ANJA CASPER

Juli 2009

www.kas.de
www.kas.de/benin

Terroranschläge in der Sahelzone häufen sich – gerät Mali ins Fadenkreuz von al-Qaida?

Nach der Ermordung des Briten Edwin Dyer durch die Gruppe al-Qaida des Islamischen Maghreb hat Mali einen Kampf „ohne Gnade“ gegen die Terroristen angekündigt. An gutem Willen fehlt es der Regierung in Bamako nicht, allerdings kann der Wüstenstaat das Problem kaum alleine bewältigen.

Verantwortlich für die Entführung und Ermordung von Dyer ist die Gruppe al-Qaida des Islamischen Maghreb, die 2006 aus der Verbündung der algerischen "Salafistischen Gruppe für Predigt und Kampf" mit al-Qaida entstand. Seit drei Jahren weitet die Bande ihre Aktivitäten zunehmend auf die umliegenden Länder der Sahelzone aus, in denen es vorher nur vereinzelte, kleinere Anschläge von terroristischen Gruppen gab, die allerdings nicht in ein internationales Netzwerk integriert waren. Algerien, welches bisher im Zentrum der Aktivitäten von Terroristen stand, unterstützt Mali bereits im Kampf gegen al-Qaida des Islamischen Maghreb, wohl wissend, dass der Binnenstaat Mali mit einer Armeestärke von 8000 Mann nicht in der Lage ist, seine Außengrenzen – 1200 km mit Algerien und 900 km mit Mauretanien – alleine zu kontrollieren.

Unüberschaubare Sahelzone ist idealer Rückzugsort für Terroristen

Es wird vermutet, dass sich die Terroristen in der Sahelzone auch über die Ländergrenzen hinweg frei bewegen können. Hinzu kommt, dass der Nordosten des Landes be-

reits als staatsfreie Zone gilt, in der die Tuareg-Rebellen das Sagen haben. Es ist daher naheliegend, dass der al-Qaida Ableger mit den Tuareg kooperiert. Nach den Unruhen der letzten Jahre ist es in jüngster Zeit in Mali nicht mehr zu Zwischenfällen mit den Nomaden gekommen, allerdings ist nicht auszuschließen, dass diese, wenn auch nur mittelbar, in die jüngsten Zwischenfälle verwickelt sind. Das Siedlungsgebiet der Nomaden erstreckt sich über fünf Länder südlich der Sahara. Damit entspricht es in etwa dem Territorium, in dem sich nun die Terroristen niedergelassen haben. Auch in anderen Ländern der Sahelzone, besonders im Niger, gab es in der Vergangenheit immer wieder Konflikte zwischen staatlicher Autorität und den Tuareg. Genau wie Mali ist Niger ein Flächenstaat von 1,2 Millionen km² mit einer Bevölkerung von 12 Millionen und einer Armeestärke von nur 5000 Mann. Auch im Niger kämpfen die Tuareg für bessere Lebensverhältnisse und für eine bessere Repräsentation in der staatlichen Administration. Diese Parallele zeigt, dass die Lösung des Tuareg-Konflikts in der Sahelregion notwendig ist, um effektiv gegen al-Qaida des Islamischen Maghreb vorgehen zu können.

Um die lokale Bevölkerung in ihre Aktivitäten einzubinden und sie für illegale Geschäften wie Waffen- und Drogenschmuggel zu gewinnen, haben sich die Islamisten teilweise mit Frauen aus dem Nordosten Malis verheiratet. Auch von Schutzgeldzahlungen, die die Bevölkerung an die Gruppe zahlt, ist

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

DAVID ROBERT

ANJA CASPER

Juli 2009

www.kas.de

www.kas.de/benin

die Rede. In der armen Sahelzone ist es ein Leichtes, sich für einige tausend Dollar die Hilfe und Unterstützung der lokalen Bevölkerung zu kaufen. Somit haben sich die Terroristen ein funktionierendes Netzwerk und eine eigene Infrastruktur geschaffen und verfügen in dem Flächenstaat Mali über eine sichere Rückzugsmöglichkeit.

Kämpfe zwischen Armee und Terroristen nehmen zu

Das Land steht dieser Entwicklung jedoch nicht tatenlos gegenüber. Mitte Juni reagierte die malische Armee, vermutlich als Konsequenz auf die Ermordung Dyers, mit einer Großoffensive gegen ein Terrorcamp im Nordosten des Landes. Nach malischen Angaben wurden bei der Aktion 26 Islamisten getötet. Es handelt sich um die erste Offensive dieser Art auf malischem Territorium. Nach dem Angriff begann eine Serie von Angriffen und Gegenangriffen, beim letzten Anschlag der islamistischen Terroristen am 4. Juli wurden nach Angaben der Gruppe 28 malische Soldaten getötet, davor hatte die Gruppe einen hochrangigen malischen Militär in seinem Haus nahe Timbuktu umgebracht. Al-Qaida des islamischen Maghreb kündigte indes weitere Anschläge an, die auch dem malischen Präsidenten Amadou Toumani Touré (ATT) gelten sollen. Die Islamisten beschuldigen ihn, seine Armee mit der Unterstützung westlicher Länder gegen sie aufgehetzt zu haben.

Terroristen profitieren von der Schwäche der Nationalstaaten

Terrorismus ist in der Sahelzone kein neues Phänomen, seit vielen Jahren gibt es Ausschreitungen zwischen Tuareg-Rebellen und staatlichen Autoritäten, die immer wieder Menschenleben fordern. Jedoch ist die Tuareg-Krise ein regionales Problem, die jüngsten Anschläge in der Region hingegen gehen auf das Konto einer international agierenden Terrororganisation, die über bessere techni-

sche und finanzielle Mittel verfügt, als die Tuareg-Kämpfer.

Die Ermordung der ersten westlichen Geisel in der Region zeigt, welche Gefahr von der islamistischen Terrororganisation ausgeht. Bisher galten Geiselnahmen von westlichen Touristen in der Region als erträgliche Einnahmequelle für die Islamisten. Es schien, als ob Aktivitäten wie Schmuggel, Geldwäsche oder Waffengeschäfte in der Sahelzone lediglich der Geldbeschaffung dienten. Nun deutet sich eine Radikalisierung und Politisierung der Gruppe an. Die Islamisten profitieren von den schwachen Nationalstaaten, die nicht das gesamte Territorium unter ihre Kontrolle bringen können. Somit ist die Sahelzone ein optimales Rückzugsgebiet für terroristische Gruppen, die zudem über regionale Netzwerke verfügen und die lokale Bevölkerung in ihre Aktivitäten einbinden. Die Region droht somit eine Bastion für terroristische Gruppen zu werden, die unter dem Zusammenschluss von al-Qaida des Islamischen Maghreb agieren, und gleichzeitig ein Drehkreuz für alle Sorten von Schmuggelwaren zu werden.

Mali und andere Sahelstaaten stehen dieser Entwicklung ohnmächtig gegenüber, sie verfügen weder über Mittel noch über Strategien, die Terrorzellen zu bekämpfen. Seit Beginn der Unruhen hatte Präsident ATT mehrmals gesagt, dass sein Land nicht über die notwendigen Mittel verfüge, um die Sahelzone zu befrieden und unter staatliche Kontrolle zu bringen.

Dass die Sahelzone immer mehr zum Rückzugspunkt für terroristische Aktivitäten wird, ist auch anderen Ländern bewusst, die USA versuchten deshalb Anfang 2007 ein militärisches Regionalkommando (AFRICOM) in der Region anzusiedeln, scheiterten aber am Protest der afrikanischen Staaten. Auch die Afrikanische Union wehrte sich gegen die Militärpräsenz der Amerikaner auf dem Kontinent.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

MALI

DAVID ROBERT

ANJA CASPER

Juli 2009

www.kas.de

www.kas.de/benin

Auch kann von einer zunehmenden Islamisierung der Gesellschaft gesprochen werden. Es gibt vermehrt in Kuwait ausgebildete Imane, die eine radikale Interpretation des Islam predigen und die als gemäßigt geltende Bevölkerung zu beeinflussen versuchen.

Bisher keine einheitliche Strategie der Sahelstaaten erkennbar

Aber auch die Rolle des Präsidenten ATT im Kampf gegen die Terroristen ist nicht unumstritten. Bereits seit Jahren plant er eine internationale Sicherheitskonferenz, allerdings setzt der Präsident auf eine Konsenslösung und möchte es sich mit keiner Partei verderben. Er verwendet viel Zeit und Energie darauf, die Regierungsgeschäfte im Konsensmodus abzuwickeln, was sich auch in seiner Herangehensweise an die Konferenz widerspiegelt. Kritiker werfen ihm daher vor, nicht entschlossen genug an das Problem heranzugehen. Auch die Zusammenarbeit mit Algerien leidet unter der Zaghftigkeit des Präsidenten. Von algerischer Seite kommt der Vorwurf, Mali ginge nicht entschieden genug gegen die Islamisten vor, was Mali wiederum mit Anschuldigungen gegen Algerien, es fehle an Entschlossenheit gegen die Tuareg-Rebellen, quittiert.

Auch die Afrikanische Union kann nur bedingt tätig werden, ihr fehlen finanzielle und technische Kapazitäten um eingreifen zu können. Somit bleibt nur die Vermittlerrolle. Derweil arbeitet die Organisation an einer gemeinsamen Resolution gegen die Zahlung von Lösegeldern bei Geiselnahmen, Hintergrund ist die Befürchtung der internationalen Staatengemeinschaft, dass diese Zahlungen zur Finanzierung von Terrornetzwerken dienen könnten. Angesichts der jüngsten Geschehnisse scheint es jedoch, als ob diese Gefahr zweitrangig geworden ist und die Beschlüsse der Afrikanischen Union hinter der Strategie der Terroristen zurückbleiben.

Mali und die angrenzenden Sahelstaaten benötigen daher dringend internationale Hilfe im Kampf gegen die Terroristen. Es scheint sonst nur eine Frage der Zeit, bis sich deren Aktivitäten ins Landesinnere erstrecken werden und die gesamte Region destabilisieren könnten.